

Quellen: [http://www.rlp.de/no\\_cache/einzelansicht/archive/2012/january/article/gemeinsame-anstrengung-fuer-mehr-vielfalt-in-der-polizei-1/](http://www.rlp.de/no_cache/einzelansicht/archive/2012/january/article/gemeinsame-anstrengung-fuer-mehr-vielfalt-in-der-polizei-1/)

<http://mifkjf.rlp.de/aktuelles/presse/einzelansicht/archive/2012/january/article/gemeinsame-anstrengung-fuer-mehr-vielfalt-in-der-polizei/>



30.01.2012 | Integration

### **Vertrag für mehr Vielfalt in der Polizei geschlossen**

Das Integrationsministerium Rheinland Pfalz, das Polizeipräsidium Mainz und das Institut zur Förderung von Bildung und Integration (INBI) haben einen Kooperationsvertrag für das XENOS-Projekt „Vielfalt in der Polizei (ViP)“ unterzeichnet.

Der Mainzer Polizeipräsident Karl-Heinz Weber und Integrationsministerin Irene Alt unterzeichnen einen Kooperationsvertrag für „Vielfalt in der Polizei“. Bild: [www.mifkjf.rlp.de](http://www.mifkjf.rlp.de)



„Der Kooperationsvertrag ist ein wichtiger Schritt in unserem Streben nach einer gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund in allen Lebensbereichen, auch im Berufsleben. Hier geht es ganz konkret um die interkulturelle Öffnung des öffentlichen Dienstes in Rheinland-Pfalz, denn hier sind Menschen mit Migrationshintergrund gemessen an ihrem Anteil an der Bevölkerung noch unterrepräsentiert. Das wollen wir ändern!“, erklärte

Integrationsministerin Irene Alt.

Am Beispiel des Polizeipräsidiiums Mainz soll mit dem Projekt ein Baustein zur Umsetzung des Integrationskonzeptes geleistet und das Polizeipräsidium Mainz weiter bei den selbstgesteckten Zielen der interkulturellen Öffnung unterstützt werden. Ferner setzen sich die Kooperationspartner für eine nachhaltige Verankerung der Projektergebnisse ein.

Konkret möchte INBI als projektverantwortliches Institut in enger Zusammenarbeit mit dem Polizeipräsidium mehr Jugendliche mit Migrationshintergrund dazu motivieren und unterstützen, sich für den Polizeidienst zu bewerben. Hier ist vor allem die Einbeziehung von Schulen, Eltern und Migrantenvereinen geplant.

„Gerade in der öffentlichen Verwaltung muss sich das Personal den Herausforderungen der demografischen Entwicklung stellen – hier gibt es noch viel zu tun. Ein Migrationshintergrund darf nicht als Nachteil, sondern sollte immer als Bereicherung und Chance gesehen werden“, so Institutsleiterin Peimaneh Nemazi-Lofink von INBI. Um ihre Chancen auf eine erfolgreiche Bewerbung zu erhöhen, werden potenzielle Bewerberinnen und Bewerber mit Migrationshintergrund von INBI zielgerecht auf die Ausbildungsanforderungen bei der Polizei vorbereitet.

Zusätzlich wird eine weitere Sensibilisierung für interkulturelle Vielfalt in der Rekrutierungs- und Einstellungspraxis beim Polizeipräsidium Mainz angestrebt. Dazu Polizeipräsident Karl-Heinz Weber: „Ich freue mich, unsere bisherigen Anstrengungen bei der interkulturellen Öffnung der Polizei mit diesem konkreten Projekt für eine verbesserte Nachwuchsgewinnung fortsetzen zu können“. Das Bekenntnis zur Förderung der interkulturellen Vielfalt in der öffentlichen Verwaltung von Politik und Polizei ist gleichzeitig auch ein wichtiges Zeichen an

alle Mitbürger/innen, denn der alltägliche Kontakt mit der Polizei darf nicht an kulturellen und sprachlichen Barrieren scheitern.

„Es ist von größter Bedeutung, dass die Kerninstitutionen des Staates, wie die Polizei, sich für alle gesellschaftliche Gruppen öffnen“, so der Integrationsbeauftragte des Landes, Miguel Vicente. „Das Thema Interkulturelle Kompetenz steht in Rheinland-Pfalz bereits verpflichtend auf dem Lehrplan der Polizeiausbildung. Dass sich das Mainzer Präsidium nun auch der Interkulturellen Öffnung verschreibt und sie in die Praxis umsetzen will, ist eine konsequente Weiterentwicklung, die mich ganz besonders freut.“

Das Projekt wird im Rahmen des Bundesprogramms „XENOS – Integration und Vielfalt“ gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales und des Europäischen Sozialfonds. Die Kofinanzierung erfolgt aus Mitteln des Ministeriums für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen sowie des Polizeipräsidiums Mainz.